

Anfrage - Nr. StVV - AF 45/2022 (§ 38 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 01.12.2022		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Die Seestadt Bremerhaven ist eine offene, tolerante Gesellschaft – auch für Queere Menschen (FDP)

Am 9. Juli 2022 fand in Bremerhaven der erste Christopher-Street-Day (CSD) statt, bei dem über 1.000 Teilnehmende für mehr Toleranz und die Gleichberechtigung der Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Intersexuellen, Asexuellen und alle anderen queeren Menschen demonstriert haben.

Für die Stadtverordnetenversammlung sollte das Anlass sein, um sich noch stärker als bisher für mehr Toleranz und Offenheit in unserer Stadt einzusetzen.

Dass diese Toleranz und Offenheit längst nicht selbstverständlich ist, zeigt ein Blick nach Polen. Mit Besorgnis ist seit Jahren eine zunehmende Ausgrenzung und Verfolgung queerer Menschen zu beobachten. So haben seit März 2019 über 100 Woiwodschaften, Landkreise und Gemeinden in ganz Polen Entschließungen verabschiedet, mit denen sie sich für frei von der sogenannten „LGBT-Ideologie“ erklärt haben. Damit einher geht die Forderung an die lokalen Regierungen, jegliche Förderung der Toleranz gegenüber LGBTQIA+-Personen zu unterbinden. Das bedeutet im Alltag eine zunehmende Diskriminierung und vermehrte Übergriffe auf die LGBTQIA+-Gemeinschaft, insbesondere durch eine zunehmende Hetze von Seiten von Behörden, gewählten Amtsträgerinnen und Amtsträgern – sogar vom Präsidenten und hochrangigen Regierungsmitgliedern – und regierungsfreundlichen Medien. Es ist in Polen bereits zu Verhaftungen von LGBTQIA+-Aktiven gekommen und Angriffe auf Pride-Märsche nehmen kontinuierlich zu. In unserer Partnerstadt Szczecin gibt es bisher solche Diskriminierung nicht. Damit es so bleibt, wollen wir alle Verantwortlichen in Szczecin unterstützen, die sich weiterhin für Toleranz und Offenheit einsetzen.

Das Europäische Parlament verweist mit seiner Erklärung und unter Verweis auf die europäischen Grundwerte dagegen: „LGBTQIA+-Personen sollten überall in der EU die Freiheit genießen, ihre sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität zu leben und öffentlich zu zeigen, ohne Angst vor Intoleranz, Diskriminierung oder Verfolgung zu haben, und die Behörden auf allen Regierungsebenen in der EU sollten die Gleichheit und die Grundrechte aller, einschließlich LGBTQIA+-Personen, schützen und fördern!“ Das ist für Bremerhaven selbstverständlich. Deswegen sollte Bremerhaven zum Freiheitsraum für LGBTQIA+-Personen erklärt werden.

Eine weitere Möglichkeit ist der Beitritt zum Rainbow Cities Network und eine aktive Mitarbeit dort. Dazu muss das Beratungsangebot des Landes für alle Fragen rund um LGBTQIA+ in Bremerhaven ausgeweitet werden, um diese Personengruppe stärker zu unterstützen.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie steht der Magistrat dazu, die Stadt Bremerhaven – entsprechend der Entschlie-
ßung des Europäischen Parlaments bezüglich der Europäischen Union vom 11. März
2021 – zum Freiheitsraum für LGBTQIA+-Personen zu erklären?
2. Wie gewährleistet der Magistrat derzeit, dass Behörden und öffentlichen Stellen der
Stadt die Gleichberechtigung aller LGBTQIA+-Personen schützen und fördern und ihre
Rechte in vollem Umfang gewährleisten?
3. Bemüht sich der Magistrat bereits um die Aufnahme Bremerhavens in das Rainbow
Cities Network und wird er sich in Zukunft in diesem Städtenetzwerk aktiv einbringen?
4. Welches Beratungsangebot des Landes für LGBTQIA+ gibt es bisher in Bremerhaven
und hält der Magistrat dieses Angebot für ausreichend?
5. Wie thematisiert der Magistrat im Rahmen der Städtepartnerschaft mit Szczecin die
Offenheit und Toleranz gegenüber LGBTQIA+-Personen und kann der Magistrat die
Stadt Szczecin dabei unterstützen?
6. Wir der Magistrat sich dafür einsetzen, dass künftig jährlich zum CSD Bremerhaven am
Stadthaus die Regenbogenflagge gehisst wird?

Gez. Hauke Hilz
und FDP-Fraktion Bremerhaven